

Wahlprüfsteine zur Landtagswahl 2010 an die ÖDP-NRW von

Albert-Schweitzer Stiftung
Herr Mahi Klosterhalfen
Vizepräsident
Albert Schweitzer Stiftung für unsere Mitwelt

Schoelerpark 5
D-10715 Berlin
Tel: +49 (0)30 86 39 16 59
Fax: +49 (0)30 86 39 51 03
<http://albert-schweitzer-stiftung.de>

1. Verbandsklagerecht

Obwohl Tier- und Umweltschutz nach Art. 20a GG denselben Verfassungsrang haben, werden die beiden Staatsziele ungleich behandelt, wenn es um das Verbandsklagerecht geht. Erfahrungen im Bremen, wo es die Tierschutzverbandsklage inzwischen gibt, zeigen zudem, dass die von den Gegnern der Verbandsklage befürchtete Klageflut ausgeblieben ist. Da auf Bundesebene keine Lösung in Sicht ist, ist die Einführung auf Landesebene geboten. Wird sich Ihre Partei für die Einführung eines Verbandsklagerechts für anerkannte Tierschutzorganisationen in NRW einsetzen?

Zu 1.

Tierschutz wird immer noch nachlässig behandelt und tierquälerische Massentierhaltung ist nach wie vor die überwiegende Produktionsweise in der Landwirtschaft.

Die ÖDP fordert seit langem ein Verbandsklagerecht, damit Tierschutzverbände als Anwälte den Tierschutz vertreten und gegen Missstände vorgehen können.

2. Tierschutz in der Schule

In den Lehrplänen der Schulen spielt das Thema Tierschutz kaum eine Rolle. Dabei erscheint es besonders wichtig, gerade Kinder und Jugendliche an einen fairen und verantwortungsbewussten Umgang mit Tieren heranzuführen. Ein wichtiger Nebeneffekt dieser Arbeit besteht in der Verbesserung sozialer Kompetenzen, wodurch ein Beitrag zur Gewaltprävention an Schulen geleistet wird. Wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, dass der Tierschutz in den Lehrplänen einen höheren Stellenwert erhält? Falls ja: Durch welche konkreten Maßnahmen?

Zu 2.

Die Verantwortung des Menschen für die Tiere und der artgerechte Umgang mit ihnen, ist ein wichtiger Teil der Erziehung und Bildung unserer Kinder und Jugendlichen.

Aufklärung und Unterrichtung in folgenden Themen und Bereichen sollten daher einen hohen Stellenwert in den Lehrplänen haben.

- **Tierschutz**
- **Tierversuche, Alternativmethoden**
- **Tierzucht, Pelztierzucht**
- **Wildtiere, Erhaltung der Lebensräume**
- **Haustiere, Nutztiere, verantwortungsbewusster Umgang und artgerechte Haltung**
- **Massentierhaltung, Folgen für Mensch und Tier**
- **Gentechnik in der Nutztierhaltung**

- Schlachthöfe, Schlachttiertransporte
- Gegenüberstellung von ökologischer und konventioneller Landwirtschaft mit Tierhaltung
- Einfluss des Verbrauchers durch sein Einkaufsverhalten auf z.B. Tierprodukte und tierversuchsfreie Kosmetika
- Engagement in Tier- und Naturschutzverbänden und Vereinen

3. Tierversuche

Welche Position nimmt ihre Partei zu der Forderung ein, die im Genehmigungsverfahren für Tierversuche zu beteiligenden Ethikkommissionen künftig paritätisch mit Vertretern der Wissenschaft und des Tierschutzes zu besetzen?

Zu 3

Die Zahl der Tierversuche nimmt leider, trotz der teilweise schon vorhandenen so genannter „Alternativmethoden“, und der fehlenden Übertragbarkeit der Ergebnisse auf den Menschen, weiter zu.

Ein umgehendes Verbot aller physisch oder psychisch quälerischen und leidvollen Tierversuche fordert die ÖDP.

Dazu gehören Tierversuche für Chemikalien in Industrie und Haushalt, Lebensmittel und Bedarfsgegenstände, Kosmetika, Suchtstoffe und Rüstung. Eine verstärkte staatliche Förderung der Entwicklung tierversuchsfreier Prüfmethode ist geboten.

Eine gesetzlich geregelte, demokratisch eingerichtete und mit Vertretern des Tierschutzes besetzte Ethikkommission, wäre ein wesentlicher Beitrag zur Verringerung der Tierversuche.

4. Akkordlöhne in Schlachthöfen

In einem Beitrag der Tagesthemen vom 29.03.2010 sowie in einem Beitrag von Frontal21 vom 06.04.2010 ist berichtet worden, dass es in Schlachthöfen bei Rindern häufig zu Fehlbetäubungen aufgrund von Fehlschüssen kommt, und dass es bei Schweinen nicht selten vorkommt, dass diese noch lebend ins sog. Brühbad gelangen, weil der Entblutungsschnitt nicht korrekt ausgeführt worden ist. Beides führt zu erheblichen Qualen und ist eine Folge des Zeitdrucks, unter dem die Arbeiter aufgrund ihrer Akkordlohnmodelle stehen. Wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, dass Akkordlöhne für Arbeiten am lebenden Tier verboten werden, um solche Zustände in Zukunft zu verhindern?

Zu 4.

Akkordlöhne für Arbeiten am lebenden Tier gehören verboten um Qualen für die Schlachttiere zu vermeiden.

Weiter sind dezentrale Schlachthöfe zu erhalten um Schlachttiertransporte nur bis zum nächstgelegenen Schlachthof oder bis max. 100 km Entfernung zu gewährleisten.

Ausfuhrerstattungen für Schlachttiere sind abzuschaffen. Der tierquälerische oft mehrere Tage dauernde Ferntransport der Tiere ins Ausland würde damit deutlich reduziert.

Keine Ausnahmegenehmigungen für das Schlachten ohne Betäubung (Schächten).

5. ELER-Programm

Wird sich Ihre Partei für die Umsetzung des Bundesprogramms zur Förderung umwelt- und

tiergerechter Haltungsverfahren in NRW einsetzen, demzufolge beispielsweise Milchbauern, die ihren Kühen Laufställe, Auslauf und Weidegang gewähren, dafür einen Verlust- und Mehrkostenausgleich in Form von laufenden Zahlungen aus Mitteln des Europäischen Landwirtschaftsfonds erhalten können?

Zu 5.

Die ÖDP will eine nachhaltige umweltverträgliche Landwirtschaft mit artgerechter Tierhaltung und Produktion gentechnikfreier gesunder Lebensmittel. Dazu gehört eine extensivere Bewirtschaftungsweise mit mehr menschlichen Arbeitskräften. Das ÖDP-Konzept sieht EU-weit nur noch einheitliche Flächenprämien vor, unabhängig davon, welche Lebensmittel erzeugt werden. Zusammen mit der Abschaffung von Aufzucht- und Schlachtprämien und von Exportsubventionen bringt diese einheitliche Flächenprämie eine Entbürokratisierung und gibt dem Landwirt wieder die unternehmerische Freiheit für die Art der Bewirtschaftung.

Die Flächenprämien hängen nicht nur von der Größe der bewirtschafteten Fläche (Deckelung von 140000 Euro / Betrieb), sondern auch von der Zahl der beschäftigten Arbeitskräfte und der Art der Tierhaltung ab.

Betriebe die ihre Nutztiere nicht nach den EU-Richtlinien für ökologische Landwirtschaft halten, erhalten nach einer Übergangszeit einen Abzug von den Flächenprämien, dagegen erhalten Öko- Betriebe einen Aufschlag bei den Flächenprämien, wobei die Koppelung an die Arbeitskräfte bleibt.

Der Viehbesatz wird auf 2,0 Großvieheinheiten pro Hektar begrenzt.

Förderungswürdig sind nur Betriebe die auf Antibiotische Leistungsförderer, Hormonbehandlung bei Nutztieren, sowie auf gentechnische Methoden und auf genmanipulierte Futtermittel verzichten.

6. Wildtiere im Zirkus

Fast sieben Jahre nachdem der Bundesrat das BMELV aufgefordert hat, eine Verordnung zu entwerfen, die das Halten bestimmter wild lebender Tierarten im Zirkus verbietet, hat sich zu diesem Thema praktisch nichts bewegt. Würde sich Ihre Partei im Bundesrat dafür stark machen, das BMELV erneut aufzufordern, eine solche Verordnung zeitnah vorzulegen?

Zu 6.

Wildtiere können in einem Zirkusbetrieb nicht artgerecht gehalten werden und gehören in ihren natürlichen Lebensraum.

Die ÖDP unterstützt daher die Forderung nach einem Verbot des Haltens wild lebender Tierarten im Zirkus.

7. Delfinarien

Wie stehen Sie zur Forderung der Abschaffung der beiden Delfinarien in NRW?

Zu 7.

Die ÖDP sieht alle Tiere als Mitgeschöpfe unserer Erde an, die zu achten und vor unnötigen Leiden zu schützen sind.

Allerdings ist das Thema Delfinarien aus zwei Perspektiven zu betrachten: Grundsätzlich fordert die ÖDP die langfristige Schließung von Delfinarien, da aus wissenschaftlicher Sicht, allein schon der enge Wasserbecken-Raum, ihr soziales Verhalten erheblich stört.

Jedoch ist es aus ÖDP-Sicht unverantwortlich, die dort oft lange lebenden Delfine wieder ins Meer auszusetzen, da sie den Gefahren der Meere hoffnungslos ausgeliefert wären.

So lange, wie Delfine ordentlich gehalten werden und eine möglichst gute Zuwendung bekommen ist folgende Übergangslösung möglich:

Diese Tiere dürfen allein schon aus ethischen Gründen in den Delfinarien in NRW alt werden. So lange bis diese Tiere aus Altersgründen gestorben sind, sollen sie dort versorgt sein, ohne überfordert oder gar schlecht behandelt zu werden („Gnadenbrot“). Delfinarien allein aus wirtschaftlichen Gründen zu unterhalten lehnt die ÖDP ab. Bestehenden Delfinarien in NRW haben als Auslaufmodelle zu gelten, d. h. die Unterbringungsmöglichkeiten sollen zunächst weiter bestehen bleiben, jedoch keine neuen Tiere angeschafft werden.

8. Veterinärbehörden

Amtsveterinäre beklagen wiederholt, dass sie wegen Überlastung viel zu wenige Tierhalter kontrollieren können und dass die Kontrollen häufig unter Zeitdruck stattfinden müssen, wodurch viele Missstände unerkannt bleiben. Außerdem ist immer wieder von Fällen zu hören, in denen engagierte Amtsveterinäre von ihren Vorgesetzten daran gehindert werden, den Vollzug einzuleiten. Ein drittes Problemfeld ist das oft fehlende Fachwissen zu bestimmten Tierarten.

Zu 8.

- Amtsveterinäre wie ehrenamtliche Inspektoren sind hinreichend zu beschulen, um hinreichendes Fachwissen zu erlangen. Hierfür sind die entsprechenden Fachämter mit ausreichend finanziellen Mitteln auszustatten.

a. Wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, dass Amtsveterinäre mehr und gründlichere Tierschutz-Kontrollen durchführen können?

Zu 8 a.

Uneingeschränkt ja, denn für die Sicherheit von Mensch und Tier muss nach Auffassung der ÖDP genügend gut geschultes Personal bereitgestellt werden. Zeitdruck wie auch dadurch wenig engagierte Vorgesetzte gilt es zu vermeiden.

b. Befürwortet Ihre Partei, dass Tierschutzorganisationen ehrenamtliche Tierschutzinspektoren bereitstellen, die ohne hoheitliche Befugnisse Tierhaltungen besuchen und Missstände an die zuständige Veterinärbehörde melden, woraufhin diese tätig wird?

Zu 8 b.

Ja, denn eine ausreichende Zahl von hoch qualifizierten Veterinären erfordert einen umfangreichen finanziellen Aufwand, der mit ehrenamtlichen – nicht in allen Belangen hoheitlich befugten – Inspektoren aufgefangen werden kann.

c. Wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, dass Tierschutzinspektoren von anerkannten Organisationen mit denjenigen hoheitlichen Befugnissen beliehen werden, die sie benötigen, um tierschutzrechtliche Missstände aufzudecken und entsprechende Beweise sichern zu können?

Zu 8 c.

Ehrenamtlich Tätige sind oft nicht hinreichend ausgebildet, um rechtstaatliche Maßnahmen im Rahmen der Verhältnismäßigkeit der angewandten Mittel durchzusetzen. Zur Vermeidung von Konflikten sollen lediglich Beweiserhebungen wie Fotos und/oder Proben nur bei Gefahr im Verzuge zulässig sein. In anderen Fällen und bei Widerspruch des Betroffenen ist die Beteiligung eines amtlichen Veterinärs erforderlich.

9. Fleischkonsum / Schulobst

Laut Deutscher Gesellschaft für Ernährung (DGE) essen die Deutschen drei Mal mehr Fleisch als gesund für sie wäre. Volkskrankheiten wie Fettleibigkeit und Herzerkrankungen sind die Folgen. Außerdem ist die Erzeugung von Fleisch laut Welternährungsorganisation (FAO) sehr viel umweltbelastender als die Erzeugung pflanzlicher Produkte. Einen Grund für die schlechte Ernährung sehen wir darin, dass schon im Kindesalter falsche Essgewohnheiten entstehen. Wird sich Ihre Partei vor diesem Hintergrund dafür einsetzen, dass das Schulobstprogramm in NRW flächendeckend eingeführt wird?

Zu 9.

Eine Ausgewogene Ernährung ist der ÖDP genauso wichtig wie eine ausgewogene Politik für alle Schichten in der Bevölkerung. D. h. auch „gleiche Bildung für alle“, insbesondere gilt das für die junge Generation in unseren Schulen. Ein wichtiger Teil bei Erziehung und Bildung unserer Kinder und Jugendlichen eine gesunde Ernährung. Hier sorgt Aufklärung und Anleitung durch Vorbilder, wie damals Albert Schweizer, nicht nur für weniger – auch chronischer – Krankheiten in unserer Gesellschaft, sondern auch für weniger Kosten im Gesundheitswesen. Hier eingesparte Gelder können in einen sachgerechten und humanen Tierschutz eingesetzt werden.

Deshalb muss Aufklärung im Unterricht in diesem Bereich einen hohen Stellenwert in den Lehrplänen haben.

10. Jagd

Das Jagdrecht in NRW erlaubt Praktiken, die nach unserer Auffassung nicht mit dem Tierschutzgesetz und mit den Grundfreiheiten vereinbar sind.

a. Wie steht Ihre Partei zu dem Vorschlag, das Töten von Haushunden und Hauskatzen durch Jäger zu verbieten?

Zu 10 a.

Das Töten von Haushunden und Hauskatzen durch Jäger muss verboten werden, da nicht selten die Kompetenzen von Jägern überschritten werden. Eine hinreichend Recherche durch Jäger nach Herkunft von sog. wildernden Hunden bzw. Katzen wird durch das derzeitige Recht nicht gewährleistet. Eine dadurch geförderte subjektive Betrachtung der Situation durch Jäger ist oft die Folge, und macht die Besitzer dieser Haustiere oft zu Betroffenen.

b. Treib- und Drückjagden erhöhen die Gefahr von Fehlschüssen, von Verletzung und Tötung nicht bejagter Tiere sowie von ökologischen Begleitschäden. Wie steht Ihre Partei zum Verbot dieser Jagdformen?

Zu 10 b.

Die Treib- und Drückjagden erinnern oft an die Jagd von Wölfen auf ihre Beute. Hingegen des Wolfes sollte der Mensch in der Lage sein, mit fairen Mitteln der Jagd nachzugehen. Das ist bei der Treib- und Drückjagden nicht der Fall. Auch werden hierbei immer wieder selbst Jäger und Treiber gefährdet. Deshalb möchte die ÖDP in NRW diese Jagdform abschaffen.

c. Die Fallenjagd führt häufig dazu, dass Tiere länger andauernde Qualen erleiden und nicht selten auf tierschutzwidrige Weise getötet werden. Wie steht Ihre Partei zur Abschaffung dieser Jagdform?

Zu 10 c.

Die Fallenjagd ist grundsätzlich abzulehnen, weil hierbei oft Tiere quälerisch getötet werden. Ausnahmen können Lebendfallen sein, die eine Verletzung von Tieren verhindern. Jäger, die ihre Lebendfallen vernachlässigen, müssen zur Rechenschaft gezogen werden.

d. Wie steht Ihre Partei zur Forderung, dass Grundstückseigentümer das Recht haben müssen, die Ausübung der Jagd auf ihrem Grundstück zu verbieten?

Zu 10 d.

Das Recht auf Eigentum ist lt. Grundgesetz ein hohes Rechtsgut. Das soll auch nicht durch das untergeordnete Jagdrecht aufgehoben werden können. Deshalb befürwortet die ÖDP in NRW die Forderung, Grundstückseigentümern die Ausübung der Jagd auf ihrem Grundstück zu verbieten.